

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint

täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 50 Pf. einschließl. des „Musk. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

**N. 4**

57. Jahrgang.  
Donnerstag, den 6. Januar

**1910.**

Eingegangen sind:

a) vom **Gesetz- und Verordnungsblatte für das Königreich Sachsen** die Nr. 65-93 vom Jahre 1909,

b) vom **Reichsgesetzblatte** die Nr. 53-63 vom Jahre 1909.

Die Gesetzblätter, deren Inhalt aus den im Eingange des Rathauses befindlichen Anschlägen ersichtlich ist, liegen 14 Tage lang zur Einsicht an Ratstafel aus.

Stadttrat Eibenstock, den 4. Januar 1910.

Hesse.

M.

**Holzversteigerung. Carlsefelder Staatsforstrevier.**

Mittwoch, den 12. Januar 1910, vorm. 1/2 9 Uhr

**Bahnhofrestauration in Wilzschhaus**

5107 w. Höhe 7-15 cm Stärke, 3489 w. Höhe 16-22 cm Stärke, 2886 23-50 3990 Weisungen 3-6 cm Stärke, 7 rm w. Nuhknüppel, 4 rm w. Nuhäste, 244,5 rm w. verschied. Brennholzer, 16 rm w. Stöcke, in den Abt. 10, 43, 44, 46, 59, 60, 70 (Rahlschläge), 8, 27, 33, 47, 70 (Einzelhölzer).

**Rgl. Forstrevierverwaltung Carlsefeld.**

**Rgl. Forstrentamt Eibenstock.**

**Anmeldungen für die Osteraufnahme in Klassen des Königl. Realgymnasiums zu Annaberg i. Erzgeb.**

werden bis **Ende Januar** erbeten. Hierbei sind vorzulegen: Geburts- und Impfschein, letztes Schulzeugnis und Gesundheitsbericht. Von den nach **Sexta Ausnahmestudien** wird Geläufigkeit im Schreiben und Lesen **lateinischer Schrift** gefordert. Die Aufnahmeprüfung findet Montag, 4. April, von früh 8 Uhr an statt. Annaberg, 2. Januar 1910.

**Meutzner, Rektor.**

### Die Rörgler.

Bisher hat es wohl noch keinen Mann in leitender Stellung gegeben, der es allen recht gemacht und allgemeines Lob geerntet hätte, gewiß ist es auch gut, wenn an den Maßnahmen leitender Stellen Kritik geübt wird, auch eine scharfe ist zuweilen durchaus am Platze, immerhin aber kommt es dabei doch auf das „wie“ an, vor allem handelt es sich darum, ob nicht mit Gehässigkeit an jeder, auch der kleinsten Verfügung Anstoß genommen wird.

Seit einiger Zeit kann man nun in einigen Organen ein lebhaftes Geplänkel gegen den Staatssekretär des Äußeren, Freiherrn von Schön, beobachten, der es mit einigen Leuten gründlich verborgen zu haben scheint. Alles mögliche wird gegen ihn hervorgeholt, ja man haucht es zu einer Staatsaktion auf, daß der Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes einem Mitgliede des Reichstages — man denke! — französischer Bistumkarte zugeführt habe, auf welcher „Baron de Schön“ stand. Obwohl es auf der Hand liegen mußte, daß hier ein Versehen vorlag, und zwar nicht einmal ein solches des Staatssekretärs selbst, sondern eines untergeordneten Beamten, und obwohl man weiß, daß unsere Diplomaten infolge des internationalen Gebrauches sich mit derartigen Karten versehen müssen, suchte man aus dieser „Affäre“ dem Staatssekretär einen Strich zu drehen. Und warum alles dieses? Herr von Schön hat den deutschen Botschafter in Washington Graf von Bernstorff in Schutz genommen, der in einer Rede das Auftreten der alten Deutschen getadelt hatte. Das genügt, um gegen den Staatssekretär ein Kreuzfeuer zu eröffnen, wobei man sich zum Beschützer aller derer aufwirft, nach deren Wunsch der Staatssekretär nicht die Geschäfte führt. So richtet man auch gegen die Marokkopolitik des Staatssekretärs die schärfsten Angriffe und sucht es so darzustellen, als ob diese den deutschen Interessen nicht entspräche, daß vielmehr den Franzosen viel zu weitgehende Konzessionen gemacht würden; insbesondere müssen die Klagen der Herren Mannesmann für diese Angriffe herhalten. Es ist ein eigen Ding, wenn man die Vertretung privater Interessen auf politisches Gebiet hinüberspielt und dieser Umstand ist es ja gerade, den man den Franzosen hinsichtlich ihrer Marokkopolitik deutscherseits verächtlich zum Vorwurf gemacht hat. Es ist oft genug ausgeführt worden, daß die Franzosen sich namentlich mittelst der Presse durch eine in Marokko sehr stark interessierte Miete selbst bei ihren militärischen Expeditionen haben beeinflussen lassen, schwerlich im Interesse des Staatswohles. Selbst die Klagen eines auf Grund ärztlicher Untersuchung als Querulanten erwiesenen deutschen Staatsangehörigen in Venezuela müssen dazu dienen, gegen den Staatssekretär den Vorwurf zu erheben, daß er die Interessen Deutschlands nicht genügend wahrnehme, indem man sogar behauptet, daß der deutsche diplomatische Vertreter in Venezuela nach Gettinje strafverurteilt worden sei, eine Meldung, die sehr bald ein kräftiges Dementi erfuhr.

Man muß sagen, daß es keinen schönen Anblick bietet, wenn mit derartigen Mitteln gearbeitet wird. Man braucht keineswegs Herrn von Schön für einen gottbegnadeten Diplomaten zu halten, aber man wird doch, soweit man seine bisherige Tätigkeit übersehen kann, zugeben müssen, daß er mit ruhiger Sachlichkeit die Geschäfte führt und es auch verstanden hat, mit Frankreich ein leidliches Verhältnis wieder herzustellen. Es braucht keineswegs immer ein Fehler zu sein, wenn ein deutscher Diplomat das Lob des Auslandes erhält, und das jegliche Kesseltreiben gegen den Staats-

sekretär dürfte sich wohl durch die Art und Weise, wie es inszeniert wird, von selbst richten.

### Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Die chinesische Marinekommission in Deutschland. Am heutigen Mittwoch trifft in Berlin, von Wien kommend, wo sie vom Kaiser Franz Josef empfangen wurde, die chinesische Marinekommission unter Leitung des kaiserlichen Prinzen Tsai-Hsun ein. Die Kommission wird auch vom deutschen Kaiser empfangen werden. Der Zweck der Rundreise der Chinesen bei den europäischen Mächten ist weniger in dem Studium der marineteknischen Vervollkommnungen zu suchen, als in der Absicht, gute diplomatische Beziehungen zu Europa zu befestigen. Darin ist entschieden ein Sitz moderner Ideen in China zu erblicken. Prinz Tsai-Hsun ist ein Stiefbruder des Prinzregenten von China.

— Die Hochzeit des Großherzogs von Sachsen-Weimar. Aus Anlaß seiner Vermählung mit der Prinzessin Kanola Feodora von Sachsen-Weiningen hat Großherzog Ernst von Sachsen-Weimar eine Amnestie erlassen, die alle bis zum 4. Januar ergangenen Urteile wegen Uebertretung und Eigentumsvergehen betrifft, die mit Gefängnis bis zu 2 Monaten oder Geldstrafe bis zu 300 Mark geahndet sind. Bei den Hochzeitsfeierlichkeiten hatte sich der Kaiser durch einen Hofbeamten vertreten lassen. Unter den Hochzeitsgästen befand sich auch König Friedrich August von Sachsen. Trotz des trüben und regnerischen Wetters hatte sich ein zahlreiches Publikum angeammelt, das dem jungen Paare auf dem Wege zur Kirche herzliche Ovationen darbrachte.

— Zur Beschlagnahme russischer Staatsgelder äußerte sich der frühere russische Ministerpräsident Graf Witte dahin, der Vorfall sei, friedliebende Absichten der deutschen Diplomatie vorausgesetzt, einfach dumm. Die Beschlagnahme der Staatsdepots mindestens inkorrekt und geeignet, von dem russischen Volke als eine Herausforderung aufgefaßt zu werden. Sollte das Berliner Bankhaus Mendelssohn u. Co. die betreffenden Gelder herausgeben, dann würde der russische Staat alle seine zahlreichen Guthaben aus deutschen Banken zurückziehen, wodurch in der deutschen Finanzwelt große Verberungen angerichtet werden würden. Einströmen erwartet Graf Witte jedoch eine gütliche Beilegung des Zwischenfalls.

— Der Notenaustausch zwischen England und Deutschland über die Verlängerung des Schiedsgerichtsvertrages vom 12. Juli 1904 auf weitere vier Jahre wird veröffentlicht.

— Zur deutsch-amerikanischen Tariffrage. Der kürzlich nach Berlin zurückgekehrte amerikanische Botschafter Hill hofft auf Grund seiner in Washington eingezogenen Erkundigungen auf einen günstigen Ausgang der Verhandlungen über die Zolltariffrage und auf die Vereinbarung eines neuen handelspolitischen Abkommens zwischen Deutschland und Amerika. Wie der Botschafter erklärte, liegt keine Veranlassung zu einer pessimistischen Auffassung der Lage vor.

— Mittelstand u. Reichsversicherung. Aus den Kreisen der selbständigen Gewerbetreibenden ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß für die Alters- und Invalidenversicherung ein geringeres Bedürfnis bestehe als für die Hinterbliebenenversicherung. Und hierin dürfte auch der Grund dafür liegen, daß von der freiwilligen Versicherung bisher so wenig Gebrauch gemacht worden ist. Nun

soil aber die neue Fürsorge den Hinterbliebenen aller derjenigen Personen zugewendet werden, die auf Grund der Versicherungspflicht, der Selbstversicherung oder der Weiterversicherung der Invalidenversicherung unterstellt sind oder in Zukunft unterstellt werden. Hierdurch wird die Hinterbliebenenfürsorge auch manchen Kreisen des Mittelstandes zugute kommen. Denn viele selbständige Gewerbetreibende und Betriebsunternehmer sind früher unversichert und daher versicherungspflichtig gewesen; sie sind also in der Lage, durch Selbstversicherung oder Weiterversicherung ihren Hinterbliebenen die Vorteile der neuen Fürsorge zuzuwenden. Nun ist allerdings anzunehmen, daß nur solche Personen von diesen Versicherungen freiwillig Gebrauch machen werden, die verheiratet sind und fürsorgeberechtigte Kinder haben. Es werden daher fast bei jedem Todesfall eines freiwillig Versicherten Renten zu zahlen sein, während bei den Pflichtversicherten, unter denen durchschnittlich nur 46 vom Hundert Verheiratete sind, kaum aus der Hälfte der Todesfälle Ansprüche erwachsen. Um nur die freiwillig Versicherten nicht auf Kosten der Pflichtversicherten zu begünstigen, soll die Zahl der freiwillig geleisteten Beiträge bei der Bemessung der Hinterbliebenenbezüge nur zur Hälfte angefaßt werden. Aus den gleichen Gründen wird es ausgeschlossen sein, ein schon erloschenes Versicherungsverhältnis durch freiwillige Beitragsleistung neu aufleben zu lassen. Allerdings dürfte beim Inkrafttreten der Hinterbliebenenversicherung ein Uebergangsstadium geschaffen werden, um auch den früher Versicherten die Vorteile der neuen sozialen Fürsorge zu gewähren.

— Die Einwanderung nach Deutschland nimmt mehr und mehr zu. 1905 wurden 1029 000 in Deutschland ansässige Fremde gezählt, womit Deutschland fast das fremdenreichste Land Europas geworden ist, nur Frankreich überflügelt es noch mit insgesamt 1037 000 Ausländern. In der Hauptsache sind es fremde industrielle Arbeiter, die zu uns eingewandert kommen.

— Das reformierte preussische Wahlrecht wird an der öffentlichen Stimmabgabe festhalten. Das hatte vor Jahresfrist bereits Fürst Bülow erklärt und es ist inzwischen wiederholt prophezeit worden. Jetzt kann die „Tägl. Rundsch.“ mitteilen: Der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg hielt dem Kaiser letzten Vortrag über den Stand der preussischen Wahlreform. Die bisherigen Verhandlungen des Ministerrates, die noch nicht abgeschlossen sind, haben das einmütige Festhalten an der öffentlichen Abstimmung ergeben.

— Herr Wetterlé als Märtyrer. Der „Bl. Blas“ veröffentlicht, wie aus Paris berichtet wird, in Facsimiledruck eine Karte, die der Reichstagsabgeordnete Abbé Wetterlé zum neuen Jahre an seine Freunde verfaßt hat. Die Karte ist in französischer Sprache abgefaßt und trägt in der linken Ecke die Ortsbezeichnung Prison departementale. Diese Karte wird noch der Ansicht des „Bl. Blas“ alle Empfänger dieses Neujahrsgrußes veranlassen, dieses Stücken Papier wie eine Reliquie aufzubewahren. „Zur Erinnerung an einen guten Elfmüller, der, indem er die französische Sprache in seinem Lande verteidigte, der Freiheit und Vernunft nach Kräften gedient hat“. Dieser geschmackvolle Einfall des Herrn Abbé Wetterlé gibt eine kleine Vorahnung von dem Komödientenspiel, das nach der Entlassung aus der Gefängnishaft um die Märtyrerkrone des Herrn Wetterlé anheben wird.

Österreich-Ungarn.

— Die chinesische Marinekommission in Wien. Aus Wien wird gemeldet: Der Kaiser em-